65. Jahrgang. № 253. Mittwoch, 1. Juni 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Wer fährt und expediert Reisegepäck und Expreßgut von und nach den Personen-Bahnhöfen Dresdens? — besorgt Fahrkarten zu allen Zügen? — versichert von Haus zu Haus zu vorteilhaftesten Bedingungen? **Amtliche Wer** besorgt dem reisenden Publikum Autos? — übernimmt am Hauptbahnhof und Neustädter Bahnhof Einstellung von Fahrrädern, Gepäckstücken usw.? — erledigt alles prompt und zuverlässig?

Expreß- und Gepäckfahrt

Dresden-A., Hauptbahnhof — Fernruf 18323, 19884 G. m. b. H. **Dresden-N., im Personen-Bahnhof — Fernruf (18323)**

Ankauf von Gold durch das Reich.

Die Bekanntmachung der Reichsbank.

Berlin, 31. Mai. Die Reichsbank gibt bekannt: Durch Annahme des Ultimatums der alliierten Mächte vom 5. Mai d. J. hat das Reich schwere finanzielle Verpflichtungen übernommen. Sie zu erfüllen, müssen die größten Anstrengungen gemacht werden. Von diesem Gesichtspunkt aus hat das Reichsfinanzministerium sich entschlossen, durch Vermittelung der Reichsbank und der Reichspost Gold zu einem dem Weltmarktpreise ungefähr angepaßten Preise ankaufen zu lassen. Goldene Schmucksachen und Gebrauchsgegenstände bleiben vom Ankauf ausgeschlossen. Für deutsche und ausländische Goldmünzen sowie für Barren erfolgt der Ankauf durch Vermittelung der Reichsbankanstalten, die bereits mit entsprechender Weisung versehen sind. In den nächsten Tagen wird der Ankauf auch von allen Postanstalten, von diesen aber in bezug auf deutsche Reichsgoldmünzen aufgenommen werden. Der von der Reichsbank und Reichspost zu zahlende Ankaufspreis ist der gleiche. Er wird auf der Grundlage des Weltmarktpreises am Ende jeder Woche neu festgesetzt. Für die laufende Woche stellt er sich z. B. auf 260 Mark für ein 20-Markstück, auf 27 000 Mark für ein Kilogramm Feingold. Die Preise für die übrigen deutschen und ausländischen Goldmünzen werden entsprechend festgesetzt. Die Umsatz- (Luxus-) Steuer kommt bei diesen Ankäufen nicht in Ansatz. Den Besitzern von Gold bietet sich hiernach Gelegenheit, es ungefähr zum Weltmarktpreise zu verwerten. Dagegen ist der anderweitige Verkauf auf Grund des Gesetzes betreffend die Verfügung über Gold vom 28. April 1921 R. G. B. Seite 489 ohne Zustimmung des Reichswirtschaftsministers verboten und strafbar. Die Verwertung im Ausland ist durch das Goldausfuhrverbot ausgeschlossen. (W. T. B.)

Die neuen Steuerpläne.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 31. Mai. Die Ansetzung der morgigen Reichstagssitzung auf die vorgerückte Nachmittagsstunde 4 Uhr wird darauf zurückgeführt, daß die abzugebende programmatische Erklärung der Regierung noch nicht fertiggestellt sein soll. Ueber das künftige Wirtschaftsprogramm sollen innerhalb des Kabinetts ernste Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht sein. Auf der einen Seite steht der Plan des Reichswirtschaftsministeriums, der, vom Staatssekretär Dr. Hirsch ausgearbeitet, im Grunde eine 20prozentige Vermögensbeschlagnahme darstellt. Das Reichsfinanzministerium will dagegen ein neues System von direkten und indirekten Steuern, sowie staatliche Monopole einführen, um dadurch die Aufbringung der Milliardenannuitäten zu ermöglichen.

Ueber die geplanten Steuern verlautet, daß eine bedeutende Erhöhung der Kohlensteuer in Aussicht genommen sei, die die bisher noch zu unserem Schaden bestehende (die an die Entente gelieferten gewaltigen Kohlenmengen werden uns dem Friedensvertrag gemäß nur zum Inlandspreis gutgeschrieben) Spannung zwischen dem Inlands- und Weltmarktpreis beträchtlich verringern soll. Man spricht ferner von einer Monopolisierung des Kohlenhandels, von einem Zucker- und Kalimonopol und von einer Erhöhung der Branntwein- und der Tabaksteuer, deren im Vergleich zu den in den Ententeländern geltenden Steuern niedrige Sätze Lloyd George schon dem Minister Dr. Simons in London vorgeworfen hat. Eine Reihe von Steuern soll die Börsenspekulation und die jetzt üblichen Umgründungen der Erwerbsgesellschaften kräftiger erfassen. Auch eine neuerliche Erhöhung der Umsatzsteuer und eine auch landwirtschaftlichen Besitz umfassende Reichsgrundsteuer wird erwogen.

Berlin, 31. Mai. Die heutige Kabinettssitzung wird sich mit der bevorstehenden Regierungserklärung beschäftigen. Im Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministerium sind die leitenden Ideen ausgearbeitet worden, die in Vorbesprechungen beraten und ergänzt worden sind. Die Entscheidung des Kabinetts über die einzelnen Fragen ist in Kürze zu erwarten. Heute findet eine Sitzung der Finanzminister der einzelnen Länder unter dem Vorsitz des Reichskanzlers statt. (B. T. B.)

Eine bedeutungsvolle Warnung Helfferichs.

Berlin, 31. Mai. In der „Dtsch. Tagesztg." geht der Reichstagsabgeordnete Dr. Helfferich in längeren Ausführungen auf die Vorschläge des Reichswirtschaftsministeriums ein, die die „Dtsch. Tagesztg." gestern veröffentlichte und die trotz des Dementis des Reichswirtschaftsministeriums durchaus nicht wegzuleugnen seien. Dr. Helfferich weist nach, wie wenig auch diese Zwangsmittel dazu angetan seien, die ungeheuerlichen Forderungen der Gegner zu befriedigen. Ganz abgesehen von den Zwangshypotheken aus dem ländlichen und dem städtischen Grundbesitz, würde z. B. die staatliche Zwangsbeteiligung an industriellen und kaufmännischen Unternehmungen nur so viel einbringen, um einen Halbjahrstribut decken zu können, da sie nämlich nicht mehr brächte, als zwei Milliarden Goldmark. Dr. Helfferich schließt seine Ausführungen mit den Worten: Selbst wenn das Programm der Erfüllung zum Programm der Zwangsvollstreckung gemacht wird, wenn wir in kürzester Zeit wieder vor der Unerfüllbarkeit des Ultimatums stehen, dann haben wir uns aber nicht nur wehrlos gemacht, dann haben wir nicht nur eine uneinlösbare Unterschrift gegeben, sondern dann haben wir auch das deutsche Volk ausgezogen bis aufs Hemd und haben die deutschen Produktionsmittel in die Hände des Ententekapitals gespielt. Dann soll aber auch die deutsche Arbeiterschaft wissen, bei wem sie sich zu bedanken hat. Wenn an die Stelle der deutschen sozialen Fürsorge die Bajonette und Maschinengewehre der Entente treten, dann wird zwar erreicht sein, daß der Besitzende zum Bettler, aber auch der freie Arbeiter zum Sklaven gemacht ist.

Die englische Säuberungsaktion.

Berlin, 31. Mai. Wie verlautet, hat der Oberkommandierende der englischen Truppen in Oberschlesien, General Heenneker, die Absicht, so rasch wie möglich nach dem Eintreffen der englischen Truppen mit der Säuberungsaktion zu beginnen. General Heenneker wird, bevor er mit der Säuberungsaktion beginnt, den polnischen Insurgenten vermutlich vorerst ein 24stündiges Ultimatum stellen mit der Aufforderung, die Kampfhandlungen einzustellen und zur Arbeit zurückzukehren. Auch wird er die Niederlegung der Waffen verlangen. Sollte Korfanty diesem Ultimatum in der angegebenen Zeit nicht Folge leisten, so wird die militärische Aktion beginnen.

Inzwischen versucht die Interalliierte Kommission, noch vor Beginn der Säuberungsaktion einen „Zwischenzustand" zu schaffen. Gestern nachmittag ist eine von der Interalliierten Kommission entsandte gemischte Deputation in Oberglogau beim 12er-Ausschuß der deutschen Selbstschutzorganisationen erschienen. Die Deputation der Interalliierten Kommission verlangte die sofortige Entwaffnung der deutschen Selbstschutzorganisationen und stellte ferner die Forderung, daß die „beiden" Insurgentenparteien auf eine bestimmte Linie zurückgehen sollen. Der deutsche 12er-Ausschuß lehnte es ab, mit den polnischen Insurgenten auf eine Stufe gestellt zu werden und eine neutrale Zone zu schaffen, bevor nicht von den Polen bestimmte Zusicherungen vorliegen, daß sie den Bandenkrieg ein für allemal einstellen. Der deutsche Selbstschutz wird von diesem Augenblick an seine Aufgabe als erledigt ansehen.

Auf allen Kampfabschnitten bis in die Gegend von Groß-Stein herrscht im allgemeinen Ruhe. Mit den Industriebetrieben besteht noch keine telegraphische und telephonische Verbindung. Selbst die der Interalliierten Kommission gehörende Telegraphenverbindung Oppeln—Gleiwitz ist seit gestern gestört. Auch der übliche Ententezug konnte heute nicht von Oppeln abgehen, weil der Bahnkörper bei Groß-Stein schwer beschädigt ist. Die Polen haben bei Groß-Stein die dem Grafen Strachwitz gehörenden Werke in die Luft gesprengt, wodurch auch die Bahngleise, die hart an diesen Werken vorbeiführen, unbenutzbar geworden sind.

Die französische Antwort an England.

Paris, 31. Mai. Von dem Inhalt der französischen Antwort auf die letzte englische Note, die, wie die Havas-Agentur meldet, gestern dem englischen Botschafter in Paris übergeben wurde, schreibt „Journal des Debats", die französische Regierung erkläre darin, daß sie bemüht sei, die englischen Gefühle nicht zu verletzen und trotz ernster Einwendungen den Vorschlag, Oppeln als Sitz des Sachverständigen zu bestimmen, annehme. Indessen sei sie dem sofortigen Zusammentritt des Obersten Rates abgeneigt. Es seien in erster Linie Schwierigkeiten praktischer und persönlicher Art, die dem entgegenstünden. Die französische Regierung habe den Eindruck, daß ein Zusammentritt des Obersten Rates eine Erregung der öffentlichen Meinung hervorrufen werde.

Ueber die französischen Anregungen, die darauf in der Note folgen, teilt der „Temps" mit, daß sie sich auf folgende drei Punkte erstrecken: 1. Ein gemeinsames Vorgehen der alliierten Vertreter in Berlin und Warschau zum Zwecke der tatsächlichen Entwaffnung der Deutschen und Polen in Oberschlesien und Beendigung der Feindseligkeiten. 2. Eine Proklamation, oder etwas ähnliches an die oberschlesische Bevölkerung seitens der alliierten Kommission in Oppeln, worin der Wille der Regierungen zum Ausdruck kommen soll, mit strenger Gerechtigkeit den Friedensvertrag anzuwenden. 3. Sofortige Bildung der Sachverständigenkommission, die an Ort und Stelle ihre Erhebungen vornehmen soll. (W. T. B.)

Eine Entwaffnungs-Aufforderung an General Höfer.

Berlin, 31. Mai. Der Kommandant des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien, General Höfer, ist von einer interalliierten Deputation aus Oppeln aufgefordert worden, die Auflösung und Entwaffnung des deutschen Selbstschutzes durchzuführen. Die Deputation machte außerdem den Vorschlag der Einrichtung einer neutralen Zone, die von den englischen Truppen besetzt werden soll. Da General Höfer von sich aus zu einer Antwort nicht ermächtigt war, hat er sich bis heute abend Beratungszeit erbeten. (W. T. B.)

Das Auslandsdeutschtum — Deutschlands Hoffnung.

Wir leben in einer Zeit tiefer nationaler Depression, in der die Hoffnung auf einen nationalen Aufstieg des deutschen Volkes sehr gering geworden ist. Wir sehen unsere Regierung von einem Briand gelobt, wir haben es eben wieder erleben müssen, wie der Deutsche Reichstag, nachdem er in London von Dr. Simons ein Nein gefordert hatte, in unverständlicher Katastrophenstimmung vor dem unerfüllbaren Ultimatum kapituliert hat, wir sind Zeuge der Leipziger Schmach, wo einseitig deutsche Kriegsbeschuldigte unter den Augen feindlicher Aufpasser aus feindlichem Propagandabedürfnis abgeurteilt werden, ohne daß es die Regierung für nötig hält, durch ihre Gegenliste die Aburteilung der viel zahlreicheren Ententemissetäter zu fordern. Erzbergers unheilvoller Geist triumphiert. Und doch fehlt es nicht an nationalen Lichtblicken, die uns die Bedeutung und den tiefen Wert des deutschen Gedankens vor Augen führen. Wir brauchen unsere Augen nur nach den Grenzlanden und dem Auslande zu richten, wo sich der deutsche Geist frei von den Schlacken innerpolitischer Zank- und Streitsucht immer wieder aufs neue betätigt, wo deutsche Art gerade im Kampf mit fremden Nationalitäten rein erhalten bleibt und wo wir tagtäglich Zeugnisse unerschütterlicher deutscher Selbstbehauptung und zähesten deutschen Lebenswillens sehen. Wir brauchen uns nur an die erhebenden Ausfahrten der Abstimmungsberechtigten, an die nationale Zuversicht, die sich in den Abstimmungsergebnissen in Ostpreußen und Oberschlesien kundtut, und an den nationalen Opfermut zu erinnern, mit dem in kürzester Zeit in Oberschlesien ein gewaltiger Selbstschutz entstanden ist, um die oberschlesische Heimat zu retten. Dieselbe nationale Zuversicht und dieselbe Deutschtreue tönt uns aus dem Auslande entgegen, wo deutsche Landsleute im Kriege auf ihrem einsamen Posten ausgehalten haben und heute mehr denn je bereit sind, den deutschen Namen wieder zu Achtung und Geltung zu bringen. Wir haben kürzlich bereits einen Artikel des in Blumenau in Südbrasilien erscheinenden deutschen „Urwaldboten" veröffentlicht, in dem mit erfrischendem urwüchsigen Freimut das Ungeschick, mit dem die deutsche Regierung zum Auslande spricht, der ganze Unsegen zu weitgehender Unterwerfung unter feindliche Diktate und das unmotivierte Bekenntnis des damaligen Finanzministers Wirth von der „moralischen" Verpflichtung zum Wiederaufbau Frankreichs gegeißelt wurden. Wir haben ferner unlängst einen ergreifenden Bericht über das unverminderte Bekenntnis der Deutschen in Windhuk wiedergegeben, wo die Jubiläumsfeier der deutsch-evangelischen Gemeinde in Windhuk zu einem erhebenden deutschen Tag geworden war.

Heute liegt uns ein zur Verfügung gestellter Privatbrief aus der chilenischen Stadt Valdivia vor, in dem der Schreiber u. a. folgendes schöne Bild unerschütterten nationalen deutschen Lebens gibt: „Wenn irgendwo die Heimat unvermischte Freude und Stolz am Deutschtum sehen will, dann darf ihr Blick vor allem auf den südamerikanischen Landsleuten ruhen, die nirgends angekränkelt sind von demokratischen und humanitätsdusseligen Weltbeglückungsideen und Narrheiten. Der einzige Pol, nach dem unser Denken, Fühlen und Wollen gerichtet ist, ist der nationale, der selbst den aus Deutschland gekommenen sozialdemokratischen Arbeiter zwingt, „Schwarz-weiß-rot" zu steuern, wenn sein Schiff nicht zerschellen will, und während die alte Heimat in sinnloser Verblendung ihre alten Führer und Größen verwirft, verfolgt und zerstört, errichtet das Auslandsdeutschtum seinem Bismarck leuchtende Ehrenmale zu dauerndem Gedächtnis. Als vor Jahresfrist Kriegsberichterstatter Colin Roß hier des neuen Deutschlands Sinn und Art erklären und dafür propagieren wollte, steckte man ihn ins Loch und jagte ihn mit Schimpf und Schande zum Lande hinaus, während neulich der alte wackere General Litzmann mit enthusiastischem Jubel empfangen und ihm das unverbrüchliche Gelöbnis allüberall wurde: „In Deinem Lager ist Alldeutschland im Auslande." So lange solche Stimmen aus dem Auslande zu uns dringen, wo man doch in erster Linie die gerade mit Rücksicht auf das Ausland bei uns so viel geschmähte nationale Politik zu fühlen hätte, können wir Vertrauen haben zur sieghaften Macht des deutschen Gedankens. Gerade die Auslandsdeutschen wissen nur zu gut, daß der Deutsche nur dann respektiert wird, wenn er sich stolz und bewußt zu seinem Volk bekennt und betont, daß nicht Militarismus, sondern Hungerblockade und politischer Betrug uns von der stolzen Höhe unserer Erfolge gestürzt haben, und daß nur die nationalen Tugenden, die man jetzt so gern ins Lächerliche zieht, uns die Achtung der Welt wiedergewinnen können.

Die mutigen Deutschen, die der deutschen Wirtschaft und Kultur den Weg in der Welt erschlossen haben, in ihrem Kampf um die Anerkennung deutschen Aufstrebens in jeder Weise zu unterstützen, ist eine unverkennbare nationale Pflicht; denn die Achtung der Welt ist die Vorbedingung für unsern Wiederaufstieg, für die Wiederbelebung des deutschen Außenhandels, der einzigen Möglichkeit, wie wir unsern riesigen finanziellen Verpflichtungen aus dem Friedensver-